

# Nebrer Anzeiger

Alltägliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpartkassa Nebra — Bankverein Artern.

Nr 34

Donnerstag, den 20. März 1930

43. Jahrgang

## Hindenburgs Appell an die Industrie für den Osten

Berlin, 19. März.

Der Herr Reichspräsident hat gestern das das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ankündigend, „Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles des Reiches von Verfall“ unterzeichnet und bei dieser Gelegenheit an den Reichsanwalt das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsanwalt!

Aus dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Überzeugung gewonnen, daß gegen das vom Reichstag verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsgemäße Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des vorerwähnten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Rechtsanwältinnen, welche die Revisionen vorlegen als verfassungsändernd ansehen, jetzt ihre Bedenken als behoben erachten, nachdem der Reichstag in der Einigungsfrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung des Teiles 10 des Reiches von Verfall ausgereicht und zur Verkündung an das Reichsjustizministerium weitergeleitet.

Bei meiner Entschloßung habe ich den von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt; besonders verweise ich in der nachfolgenden Offen unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und das bestehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Mängel. Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziele, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Erntezug zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unserer Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die auf höchste Getreide, zu helfen und auch ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Das auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken aus dieses Gesetz ausgehe, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

In meiner Kundgebung vom 13. März habe ich mit dahin ausgesprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für die praktische Arbeit erweist sich hier ein ganz besonders bedeutsames Gebiet. Zunächst ist erforderlich, daß die zurecht zur Beratung stehenden

### Agrarmaßnahmen

die der gelamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber in den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Eile in die Wege zu leiten und in einem Umfang durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben den großen wie den kleinen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiederbringt. Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den vorzeitigen mit seine Erntezug ringenden Osten allein nicht ausreichen.

Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten.

Wiele landwirtschaftliche Betriebe, Güter wie Bauernhöfe sind in einem Grade verfallend und mit so hohen Zinslasten belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgen allein auszurufen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird — so nehme ich an — aus den geteilten Erträgen, die die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebeschaffung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmaß vermindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das gesessenen zwischen Deutschland und Polen paraphierte Wirtschaftsabkommen haben, von der deutschen Industrie neue Abgabemöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarzeugnissen große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen, gerade

in Osten die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen.

Es erscheint mir billiger und recht und auch zur Befriedigung dieser Minderheiten geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten 5 Jahre, aus der Industriebeschaffung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Hier ist ein Gebiet, wo sich die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion praktisch betätigen kann. Der Hindenburgartikel schließt mit der eindringlichen Aufforderung an die Reichsregierung, auf solcher Grundlage ein Disprogramm durchzuführen. Nur dieser Erwartung habe er das Liquidationsabkommen mit Polen unterzeichnet.

## Hindenburg und die deutsche Jugend.

Ein Brief des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. März.

Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen habe der Anführerverband der Vereine Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Taten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Polenvertrag die Unterstützung zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrte Herren!

Von Ihrem, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die Ansichten von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Erläuterungen über den Youngplan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine lebhafte Würdigung gefunden und manche trügen Vorurteile in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angegeben habe.

Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben an die Taten von Langemarck heraus, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die opferartig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflanzliche Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder herkommt. Darin liegt für meine Person die Hoffnung, die die Taten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mit freundlichen Grüßen!

H. v. Hindenburg.

## Das Ministerpensionsgesetz.

Unterstützung der Anfechtung von.

Berlin, 18. März.

Ohne Aussprache wird das Ministerpensionsgesetz in dritter Beratung angenommen.

Die Bestimmungen über die Ruherente, die einem Minister gewährt werden soll, wenn er bei Ausübung seines Amtes ohne Gesundheitsfähigkeit erkrankt hat, werden auf Antrag der Regierungsparteien dahin geändert, daß diese Ruherente 20 Prozent der Ministergehälter betragen soll. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann sie bis auf 35 Prozent erhöht werden. Der Reichspräsident entscheidet auf Vorschlag der Reichsregierung unter Ausschluß des Reichstages, ob die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ruherente vorliegen und inwieweit die Vorkehrung über die Erhöhung der Ruherente anzuwenden ist. Angenommen wird auch die Entschließung des Ausschusses, wonach darauf Bedacht genommen werden soll, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen gebracht werden.

Die Schlussabstimmung über das Ministerpensionsgesetz wird auf Dienstag verlegt.

Zur Beratung steht dann der Gesekentwurf über die Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen des Reiches für die Anfechtung von Landarbeitern.

Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt und schlägt in einer Entschloßung vor, die Tilgungszuschüsse für Darlehen für Landarbeitereigenen allgemein auf 30 Jahre festzusetzen und den dringend notwendigen Landarbeitereigenen Darlehensausbau nach Möglichkeit zu fördern.

Schließlich wurde der Gesekentwurf über den Ausbau der Arbeitslosenversicherung, der neben der Verbesserung einzelner Leistungen auch den Ausbau der Selbstverwaltung zum Ziele hat, der Ausschussberatung überwiesen.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag 3 Uhr: Abstimmungen über Republikgesetz und Ministerpensionsgesetz.

Der Vorschlag des Präsidenten, auch die erste Lesung der Finanzvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen, scheitert an dem Widerstand der Kommunisten, die die Einbringung der Fristen verlangen.

## Republikstiftungsgesetz verabschiedet.

Auch das Ministerpensionsgesetz angenommen.

Berlin, 19. März.

Infolge des Mangels an Arbeitsstoff hielt der Reichstag nur eine kurze Sitzung ab.

Zur Entscheidung kamen alle Abstimmungen über das Republikstiftungsgesetz und das Ministerpensionsgesetz. Zum Republikstiftungsgesetz gaben nur die Kommunisten wider der Aenderungsanträge eingeträgt, die sämtlich abgelehnt wurden.

In der Schlussabstimmung wurde das Republikstiftungsgesetz unter Beibehaltung der Kommunisten mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Regierungsparteien, dagegen alle Oppositionsparteien. Die Deutschnationalen und die Kommunisten beantragten darauf, die Verkündung des Republikstiftungsgesetzes für zwei Monate auszuheben. Man wollte damit auch in dieser Frage die Entscheidung in die Hand des Reichspräsidenten legen.

Da die Reichstagspartei sich an der Ausübung nicht beteiligte, wurden nur 120 Stimmen für den Aussetzungsantrag abgegeben, 255 Stimmen dagegen. Das erforderliche Drittel war also nicht erreicht — und der Antrag abgelehnt.

Das Ministerpensionsgesetz wurde in der Schlussabstimmung mit 340 gegen 70 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Präsident Ebert stellte fest, daß das Gesetz die für verfassungsändernde Fälle notwendige Zweidrittelmehrheit gefunden habe.

Am Mittwoch stehen die Steuererlässe zur ersten Beratung, ferner ein Antrag der Regierungsparteien, die Kundgebung des Reichspräsidenten über die Saager Geleise öffentlich anzukündigen. Ein kommunistischer Antrag, die letzte Frage von der Tagesordnung abzuheben, fand außer den Antragstellern nur die Unterstützung der Nationalsozialisten.

## Minister gegen Minister.

Wissel besawoniert Woldenhauer.

Eine Desavouierung des Reichsfinanzministers Woldenhauer durch den Reichsarbeitsminister Wissel im Haushaltsauschuss des Reichstages hat in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt.

Dr. Woldenhauer hatte in seiner Hamburger Rede am Sonnabend programmatische Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung gemacht und u. a. zur Frage der Arbeitslosenversicherung mitgeteilt, daß zurecht eine Verbilligung der Reichsanleihe durch den Reichsarbeitsminister stattfinden und dem Vorstand der Reichsanleihe aus gegeben sei, auch seinerzeitige Vorschläge über eine anderweitige Festlegung der Leistungen zu machen.

Jetzt erklärte im Ausschuss Reichsarbeitsminister Wissel, daß Woldenhauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe, und daß er, Wissel, von der Notwendigkeit eines organisatorischen Umbaus der Arbeitslosenversicherung nichts geküßelt habe.

Diese aufsehenerregende Desavouierung eines Kabinettsmitgliedes durch das andere führte zur Vertagung der Ausschußverhandlungen, so daß die Sinyugierung des Reichsfinanzministers zu den Beratungen als notwendig erwies. In der Aussprache erklärte der Zentrumsgewählte Dr. Köhler, daß offenbar der Reichsarbeitsminister einen Teil seines Hausalters nicht zu vertreten in der Lage sei.

Für die Deutsche Volkspartei sprach sich Abgeordneter Wozatz für die Ablehnung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Haushaltskapitel aus, weil durch die sozialdemokratische Anfrage über die Rede des Finanzministers in Hamburg und die Antwort des Reichsarbeitsministers eine Lage entstanden sei, die die Fortführung der Aussprache über die Arbeitslosenversicherung in Gegenwart des Reichsfinanzministers notwendig mache.

## Repräsentationsgelder in Preußen.

Die Aufwandsentschuldigungen der Staatsminister.

Berlin, 18. März.

In einer kleinen Anfrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wurde dem Staatsministerium um Auskunft gebeten, welchen Zweck die besonders im Haushalt ausgenommenen Aufwandsentschuldigungen der Staatsminister von je 8000 Mark dienen. Das Staatsministerium wurde weiter gefragt, welche Haushaltsmittel in den Jahren 1928 und 1929 insgesamt für geschäftliche Veranstaltungen einer Verfügung gestellt wurden, die mehr oder weniger einzelnen Ministern daran beteiligt waren und um welche Art von Veranstaltungen es sich in den einzelnen Fällen handelte. Aus der Antwort des preussischen Finanzministers sei folgendes mitgeteilt:

Die laufende, nicht erhebliche Aufwandsentschuldigung für die Staatsminister stellt eine Entschuldigung für



die persönlichen dienstlichen Aufwendungen der Minister und eine Abgeltung für die Kosten der üblichen laufenden Repräsentation der.

Am Gegenstand hierzu steht die Gewöhnung von Aufwandsbudgeten an Dienstleistungen für außerordentlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Erläuterungen zu Kapitel 63 Ziff. 3 des Haushalts des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1925 lagen hierzu folgendes: „Der dienstliche Verkehr mit Vertretern fremder Verwaltungen und Unternehmungen von Handel, Industrie usw. bildet in besonderen Fällen bei Kongressen, Schiffsveranstaltungen, außerordentlichen Besuchen usw. u. dgl.) nicht nur Beamte, die eine Aufwandsentschädigung beziehen, zu Aufwendungen, für die die Aufwandsentschädigung nicht ausreicht, sondern auch Beamte, die keine Aufwandsentschädigung beziehen, zu Ausgaben, die bei den heutigen Kosten der Lebenshaltung aus ihrem Dienstverdienst nicht bestritten werden können.“

Die Mittel sollen nicht etwa als persönliche Zulage oder Erhöhung der zusehenden Aufwandsentschädigungen überwiegen, sondern nur auf Antrag als Ersatz für tatsächlich im Einzelfalle entstandene Ausgaben, deren Notwendigkeit vom Haushaltsrat und Finanzminister anerkannt ist, bewilligt werden.“

Es handelt sich hier also im Gegenstand zu den laufenden Aufwandsentschädigungen der Staatsminister um außerordentliche Veranlassungen, die der beteiligte Staatsminister auf Verlangen oder als Vertreter der Staatsregierung geben muß. In den Rechnungsjahren 1928 bzw. 1929 sind für besondere repräsentative Aufwendungen Entschädigungen in Höhe von 94.923,98 RM. bzw. 44.773,44 RM. gewährt worden.“

## Die Befestigungsanlagen im Osten.

Das Programm des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium, Berlin, 19. März. Die im Reichshaushaltsplan für 1930 vorgesehene Schaffung von Befestigungsanlagen werden sich nach dem Programm des Reichswehrministeriums über eine Reihe von Jahren erstrecken. Nach dem Verfall der Verträge mit Deutschland an Festungen verließen die Festungen Königsberg, Küstern, Glogau und Breslau. Im Jahre 1927 haben zwischen der Reichsregierung und der Völkervereinigung längere Verhandlungen über die Befestigung im Osten stattgefunden, und zwar spielte dabei der Artikel 180 des Verfallenen Vertrages eine wesentliche Rolle. Es wurden Abmachungen getroffen, auf deren Grund Deutschland in einem gewissen Umfange eine Befestigung seiner Grenzen zugestanden wurde. Man unterschied damals einen inneren und äußeren Grenzstreifen.

Bei den jetzigen Befestigungsanlagen handelt es sich im wesentlichen um Anlagen, die auf dem westlichen Obergerien liegen. Es ist unumwunden, daß es sich hier um reine Landesverteidigungsanlagen handelt, die mit der Befestigung nicht das geringste mehr zu tun haben. Bei dem äußeren Grenzstreifen handelt es sich um solche Arbeiten, die einem Bezirk bereits bestehender und zugewiesener Anlagen entgegenwirken sollen.

## Londner Schwierigkeiten.

Verständigung mit Frankreich auf unsere Kosten?

London, 19. März. Die Zusage Macdonalds, daß er sich bemühen werde, Italien gegenüber den französischen Standpunkt zu unterstützen, damit man endlich praktisch weiterkomme, war zweifellos ernst gemeint, und es ist auch bereits eine erste Fühlungsmaßnahme erfolgt, in der sich der englische Hauptdelegation auch auf seinen amerikanischen Kollegen stützen kann.

Italien aber bleibt zunächst hart bei seiner Forderung der Flottenparität mit Frankreich, und in der öffentlichen Meinung der beiden Länder erregen sich die Gemüter an dieser Rivalität.

Dabei wird offenbart, daß sie sich keineswegs auf die Frage der Flottenparität beschränkt, sondern daß sie hindernisreich und weitläufig geführt wird durch die verschiedenen Interessen Italiens und Frankreichs. Diese Punkte liegen zwar in London nicht zur Diskussion, umso lebhafter aber werden sie in der französischen und italienischen Presse im Zusammenhang mit den Flottenfragen erörtert, ebenso, wie Italien in der Frage der Selbstbestimmtheit nicht einleiten will, während sich Frankreich, irgendwelche territorialen Zugeständnisse von praktischer Bedeutung in Nordafrika zu machen. Durch die Verflechtung dieser Forderungen und Behauptungen wird selbstverständlich der maritime Ausgleich nicht erleichtert, und die anglo-italienischen Mittelstreife haben sich erliche vor verschlossenen Türen.

Dagegen scheint sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung anzubahnen, die ebenfalls auf dem Umwege über Fragen der Veränderung der Erfüllung des Zieles der Flottenparität dienen will.

Macdonald hat als Führer der in der Opposition stehenden Arbeiterpartei in der Frage der ausgeschiedenen Flotten die französische Delegation bekräftigt. An der Spitze des englischen Kabinetts und als beratende, ist für einen Erfolg der Londoner Konferenz verantwortlich ist, scheint er um dieses Erfolges willen zum Umstern bereit zu sein und deutet an, daß er sich Zugeständnisse abhandeln lassen will. Man geht dabei auf englischer Seite besonders von dem Gesichtspunkt aus, daß diese Frage der ausgeschiedenen Flotten praktisch nicht allzu bedenklich sei.

Ob diese Auffassung nicht irrig ist, wäre doch sehr zweifelhaft zu wissen gerade angesichts der Tatsache, daß mit Frankreich an seiner Forderung festhält und jedenfalls ist es eine Frage, ob der eine ganze Reihe in London nicht beteiligter Mächte, aus Deutschland, hart interessiert sind.

## Deutsch bleibt die Saar!

Große Kundgebung in Berlin.

Berlin, 19. März. Die durch die seit Monaten geführten deutsch-französischen Verhandlungen in den Vordergrund gerückte Frage der Saarfrage bildet den Gegenstand eines Vertragsabkommens, der im ehemaligen Grenzbezirk zwischen dem Reich und dem Saargebiet mit dem Saargebiet und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesmannschaft in Berlin veranlaßt wurde. Der Bericht über die Abgrenzung des Saargebietes und der Saarverwaltung wurde von Stadtdirektorin Pils-Saarebrücken erstattet. Seine Ausführungen gipfeln in der Folgerung: Ohne Saarrückgliederung ist eine Befriedigung Europas nicht denkbar.

Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin verlor eine Entschädigung, in der u. a. ausgeschlossen wird. Entgegen dem einmütigen Willen der Bevölkerung an der Saar wurde das Saargebiet 1919 einer autoritären Fremdbeherrschung unterstellt. Seine Kohlenlager wurden dem französischen Staat übergeben. Die Industrie wurde unter politischen Druck übergeben.

Die Bevölkerung des Saargebietes verlangt die Wiederherstellung dieses ihr zugewiesenen in der Weltgeschichte einzig dastehenden Freiheitsbereichs.

Seit Monaten verhandelt man in Paris über die Abgrenzung des Saargebietes nach dem Willen, das jetzt ohne jedes positive Ergebnis. Eine Befriedigung Europas kann nur dann eintreten, wenn die Lösung der Saarfrage im Sinne des Willens der Bevölkerung erfolgt.

Keine Befriedigung jedes fremden Einflusses auf politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet ist unangenehm. Die Notwendigkeit, eine den wirtschaftlichen Interessen aller Beteiligten gerecht werdende Lösung der Frage des Saargebietes der Güter muß sich beim guten Willen Frankreichs leicht finden lassen.

Eine Regelung, die nicht auf dieser Grundlage fußt oder die neue Befassung des deutschen Volkes mit sich bringt, lehnt die Bevölkerung einmütig ab. Sollte — wie es den Anschein hat — Frankreich durch anderweitige Forderungen den Abbruch der Verhandlungen veranlassen, so fordert die Bevölkerung des Saargebietes, daß der Völkervereinigung keine Rücksicht auf eine alsbaldige Befriedigung des Ansehens an der Saar Sorge trägt.

In ihrer Treue zur deutschen Vaterland wird die Bevölkerung an der Saar niemals wanken werden.“

## „Kein Wort der Mutter Sprache.“

Die deutschen Schulen in Polen.

Warschau, 19. März. Der deutsche Senator Barzantini hielt in einer Rede im Senat zum Kultusetat fest: Die Gesamtzahl der deutschen Kinder in Polen und Bessarabien betrug am 1. Dezember 1928 35.762. Davon besuchten deutsche öffentliche Schulen 17.891, ferner deutsche Privatschulen 3016. Also von der oben genannten Zahl sind im ganzen 20.847 in solchen Schulen unterrichtet gewesen, die ihrem Volkstum entsprechen. Der Rest von 14.915 Kindern, die auch aus deutschen Familien stammen, war zum Besuch polnischer Schulen gezwungen, wo wiederum 11.523 von der letztgenannten Zahl während der gesamten Schulzeit nie ein Wort in ihrer Muttersprache zu hören bekommen.“

Wie systematisch an der Polonisierung der deutschen Kinder gearbeitet wird, lehnt der Redner durch folgende statistische Angaben: 1924/25 besuchte deutsche Schulen 70 Prozent, polnische Schulen 30 Prozent, 1925/26 deutsche Schulen 66 Prozent, polnische Schulen 34 Prozent, 1926/27 deutsche Schulen 63 Prozent, polnische Schulen 37 Prozent, 1927/28 deutsche Schulen 58 Prozent, polnische Schulen 42 Prozent.

## Aus dem In- und Auslande.

Veränderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags.

Berlin, 19. März. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag einen gemeinsamen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Landes eingebracht. Nach dieser Änderung sollen in der Hauptsache die Vorarbeiten der Ausschüsse das bisher dem Landtagspräsidenten vorbehaltenen Recht der Verweisung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal erhalten. Veranlassung zu dieser Maßnahme sind die bekannten kommunalistischen Vorkommnisse der Vorbereitung des Haushalts des Staatsministeriums im Hauptausfluß.

Schwerere Finanzlage der Türkei. Konstantinopel, 19. März. Vertreter der Petite Publique haben nach Prüfung türkischer Unterlagen in einer Denkschrift an die Regierung festgestellt, daß die Finanzlage der Türkei schlechter sei, als man bisher angenommen habe. Die Türkei könne weder ihre ausstehenden noch ihre künftigen Verpflichtungen erfüllen. Eine durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens sei notwendig. Ein Memorandum drohe.

Einfall transjordanischer Kamelreiter ins Wabshagebiet. Jerusalem, 19. März. 3000 transjordanische Kamelreiter fielen in das Wabshagebiet, um Raube an den Wabshagen zu nehmen. Auch andere transjordanische Stämme haben sich in Bewegung gesetzt. In der Wüste Djuf haben sich hierbei die Wabshagen gemeldet, wo eine große Konzentration durchgeführt wird. Bekanntlich geht die erwähnte Streife zwischen den Wabshagen und Transjordanien u. a. um die Weidplätze an den Grenzen ihrer Gebiete.

## Kleine politische Meldungen.

Gehälter Kaufherr in Weimar. Der deutsche Gehalts Kaufherr hat Weimar verlassen, um einen Erholungsurlaub anzutreten.

Altersgrenze für Hochschulzulassung des 68. Lebensjahr. Der Preussische Landtag verabschiedete den Gehaltsentwurf, wonach die Altersgrenze für Hochschulzulassung vom 65. auf das 68. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Die Ratifizierung des Youngplans durch Frankreich. Der Finanzminister der Kammer befragte sich mit der Frage der Ratifizierung des Youngplans.

## Aus der Umgegend

Hebra, 20. März.

Ein Theaterabend bereitet der Theaterverein für nächsten Sonntag vor. Glühwürmchen wird für diesmal der überall erfolgreiche Schwanz. „In der Kanne“. Die besten Diskantantenkräfte sind als Mitwirkende gewonnen, jedoch ein genuinere Abend Mitglieder wie Gästen garantiert. — Ein Ball wird den Abend beschließen.

Beurteilung der Erziehung. Unter den heutigen, außerordentlich schwierigen beruflichen Verhältnissen, im Zeitalter der Rationalisierung und Schenkmäßigkeit ist es dem kaufmännischen Berufstätigen oft nicht mehr möglich, sich ein lohnendes, vielseitiges Können und Wissen anzueignen, wie es für sein berufliches Fortkommen notwendig ist. Mehr denn je ist der Kaufmannslehrling verpflichtet, neben der praktischen Arbeit im Geschäft seine Freizeit für die berufliche Berufsvorbereitung zu verwenden. Bedeutungslos ist es aber auch, wenn der Lehrling dann und wann eine „Witz“ seines Könnens und Wissens sich zu tun wissen, es seine Hauptaufgabe den normalen Berufsaufwand über sich zu tun, sich nicht zu schließen ist. Es ist von allgemeinem Interesse, daß der kaufmännischen Handlungsschulen-Verein mit seinen beruflichen Weltberatern seit Jahren dem kaufmännischen Nachwuchs Gelegenheit zu einer solchen Selbstprüfung gibt. In diesem Jahre finden am 30. März an allen größeren Orten Mitteldeutschlands Berufswettkämpfe statt, an denen sich alle mündlichen Kaufmannslehrlinge und Junggehilfen bis zum Alter von 20 Jahren beteiligen können. Geprüft wird in kaufmännischen Rechnen, Situations-

aufgaben und Aufsatz. Jeder Teilnehmer bekommt eine Urkunde, die ihm seine Teilnahme am Berufswettkampf bezeugt. Die guten Arbeiten werden mit Ehrenurkunden und Budgetentlohnung bedacht. Für den Berufswettkampf in Weimar, an dem die Kaufmannslehrlinge teilnehmen, haben maßgebende Berufswettkämpfer ihre Zustimmung gegeben. Bei der bevorstehenden Befestigung dieser Veranstaltung wäre es deshalb zu wünschen, wenn recht zahlreiche junge Kaufleute unseres Ortes dem Wite des Berufsvereins Handlungsschulen-Vereins Folge leisten würden.

Handlungsschulen-Verein. Die Industrie- und Handelskammer hat beschlossen, in diesem Jahre erstmalig Handlungsschulenprüfungen abzuhalten. Die Termine werden rechtzeitig in der Tagespresse bekannt gegeben. Zur Förderung der von der Industrie- und Handelskammer getroffenen Einrichtung wäre es erwünscht, wenn die Lehrherren auf diejenige Lehrtage, die zu ihrem ihre Lehrzeit beendigen, einmütig wollen, an der Prüfung teilzunehmen.

Tagung des Landesverbandes Halle-Merseburg des Mitteldeutschen Handwerkersbundes. Der Landesverband Halle-Merseburg des Mitteldeutschen Handwerkersbundes hielt am Sonntag nachmittag in Halle seine beschließende Hauptversammlung ab, die von etwa 100 Vertretern aus dem ganzen Regierungsbezirk Merseburg besucht war. Der Tagung wohnten u. a. bei der Präsident des Mitteldeutschen Handwerkersbundes, Gelehrter, der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Handwerkersbundes, Dr. Seidel-Gerdt, und der Präsident und Syndikus der Handwerkskammer Halle. Aus dem vom Geschäftsführer des Landesverbandes erstatteten ausführlichen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß auch im verflochtenen Jahr der Landesverband durch seine Wirksamkeit die Zahl der Ortsgruppen und somit auch die Mitgliederzahl wesentlich erhöhen konnte. Es sind jetzt dem Landesverband Halle-Merseburg 80 Ortsgruppen mit ungefähr 8000 Mitgliedern angeschlossen und es besteht die Aussicht, daß der Mitteldeutsche Handwerkersbund demnächst auch im Osten des Regierungsbezirks Merseburg festen Fuß fassen wird, sobald die Zahl von 100 Ortsgruppen im Laufe der nächsten Zeit erreicht werden wird. Zum Landesverbandsvorstand wurde Obermeister Mühsing-Galle einstimmig wiedergewählt. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Sodann sprach Kammerführer Boigt-Halle über die kommenden Handwerkerskammern. An den kurzen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an. Es wurde beschlossen, die Vorarbeiten dem Landesverbandsvorstand zu übertragen, der in Gemeinschaft mit dem Kreis- und Ortsgruppenvorständen die Vorschlagslisten aufstellen soll. Nach Beendigung einiger Organisationsfragen wurde die Tagung geschlossen.

Der erste Lehrtag im Franzertinnen im Bezirk Orlitz. Die planmäßig am 9. März abhaltende Vortragsreihe für Franzertinnen war besonderer Beliebtheit halber auf den 16. März verlegt worden. Trotz des Regennetzes und der schlechten Wege war die Lehrreihe gut besucht. Es waren die Franzertinnen Arten, Hebrungen, Wische, Hofleben, Kalbsreit, Tannen- und 6 Tannenarten, die zugegen waren. Einflußvoll fehlten Disleben und Franzertinnen. Die Lehrreihe wurde erteilt vom Bezirks- und Sanftauswart König-Altern. In geschäftiger und lehrreicher Weise wurde die Teilnehmerinnen in etwa vier Stunden Arbeit in den zentralen unangenehmen Lehrstoff eingeführt. Zunächst wurde die Geh- und Lauffähigkeit behandelt. Das Geh- und Laufen wurde durch die Teilnehmerinnen sehr unangenehm. Geh- und Lauffähigkeit in einfacher Form führten die Teilnehmerinnen zu leichtschwinglichen Schritten und Hüftbewegungen konnte jede Teilnehmerin ihr eigenes Innere in eine ihre eigene Form bringen. Lehrtage nach der Weiler, das sah man auch hierbei wieder. Schwieriger gestaltet sich die Kneulenbildung. Die Reule ist das der Teilnehmerin ureigene Handgelenk. Schwingen, Pendeln und Streifen in Verbindung mit Hüften und Schreien, geben wunderbare Lehrlinge, arbeiten aber auch zugleich den Körper durch und das ist ja letzten Endes der Hauptzweck. Trotzdem die eine oder andere Teilnehmerin noch keine Reule in der Hand gehabt haben kann, konnte doch festgestellt werden, daß wohl alle den Sinn der Lehrtage und Art der Bewegungen begriffen hatten. Nach getaner Arbeit gehen Teilnehmerinnen immer einen schönen Wälsch, der Tanz gehört mit zum Franzertinnen. Das kann und soll sich der Körperbewegungen werden lassen. Man angeschlossen und es besteht die Aussicht, daß die Teilnehmerinnen in der Auffassung von Tanzformen waren. Zum Schluß wurden die Wälscharten am Best, Barren und Wälsch gezeigt. Sie werden zum Gattentanz in Hebra am 11.—13. Juli 1930 gezeigt. Nachdem in einer kurzen Besprechung noch verifiziertes besprochen worden war, wurde der Lehrtage gegen 2 Uhr geschlossen. Gut Heil!

Ein neues Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche? Nachfolgend kam die tierärztliche Kunst bislang der Maul- und Klauenseuche gegenüber. Ihre Vorarbeiten erwiesen sich in der Hauptsache als bloße Ballastarbeit. Nun verbreitet sich der Maul- und Klauenseuche durch, der über große Länderkreise verläuft, aber epochenmachende Versuche, die er zur Bekämpfung des Lebergetreues an seinen 400 Stützpunkten umfassenden Viehbestand angeht, hat. Einem seiner Stützpunkte, der schwer verstanden war, ließ er ungewöhnlich gründlich mit Benzin desinfizieren und auch die erkrankten Tiere, namentlich ihre infizierten Stellen, mit Benzin waschen. Schon nach zwei Stunden soll eine Besserung feststellbar gewesen sein, die Freiluft der Tiere kam sofort wieder und ihr Wildgatter gelegte sich von Tag zu Tag. Die zur Desinfektion gebrauchten Stoffe wurden mit Milch vermischt. Das auch empfiehlt dieses Verfahren angelegentlich nicht nur für Groß-, sondern auch für Kleinbetriebe. Wenn diese Maßnahme wirklich den Tatsachen entspricht und nicht aufgemacht ist, dürfte auch für unsere Landwirtschaft die Befreiung von der furchtbaren Viehpest angedacht sein.

Der Kesseltribunal. Die Erkenntnis, daß die Benutzung von Kesseltribunalen statt Bergfeld auf längeren Reisen außerordentlich vorteilhaft ist, hat in der letzten Zeit immer mehr durch. Wie wir vom Mitteldeutschen Kesseltribunal (MKT) erfahren, hat sich der Kesseltribunalbesitzer im Jahre 1929 sehr befriedigend entwickelt, so daß der Kreis der Zahlstellen nunmehr die Zahl 2000 übergriffen hat. Die MKT-Kesseltribunalen sind jetzt — außer in Kesseltribunalen, Hotels usw. — auch für Familien, auch in Campen der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Seemann-Linie laubar, außerdem in sämtlichen Wechselstuben der Deutschen Wechseltribunalen. Dadurch haben die Reisenden die Möglichkeit, in den wichtigsten Großstädten und Grenzorten fast zu jeder Tages- und Nachtzeit die Kreditbriefe in Geld umzuwandeln. Wie praktisch das Reisen mit Kreditbriefen ist, geht daraus hervor, daß sogar Jagd- und wissenschaftliche Expeditionen in ferne Länder die benutzen. In den meisten Orten Afrikas



und Miens können diese Reifelebensrisse jederzeit sichtbar gestellt werden.

Die Auswischen der technischen Berufe. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Bund) teilt mit: In Deutschland gibt es zurzeit rund 30 000 vollqualifizierte Techniker, 10 bis 20 Prozent davon sind in den verschiedenen Berufen für die nächsten Jahre vollqualifiziert und darüber hinaus sogar noch ein ganz erheblicher Ueberschuß besteht. Es ist auch durchaus nicht so, daß die Absolventen der höheren technischen Lehranstalten sich sofort in einem Betrieb nützlich betätigen können. Die Erfahrungen beweisen vielmehr, daß ein erheblicher Teil der Absolventen einen handwerksmäßigen Beruf ergreifen muß, weil es ihnen trotz aller Bemühungen nicht möglich ist eine passende Technikerstellung zu finden. Unter den obwaltenden Umständen kann daher vor der Ergründung des technischen Studiums nicht dringend genug gewarnt werden.

**Dauerfrucht.** (Die „Aerugin“ aus Indien.) Man sollte es nicht für möglich halten, daß es noch Leute gibt, die auf einen dauerhaftig bei angetragenen Schwindeln herankommen, um ihn die Ehefrau Maria Schomski aus Verdingung anzuführen. Sie trat in der Zeit vom 23. Februar bis 3. März in Hofheim am Main als „indische Aerugin“ auf. Mit einer „Aerugin“, d. h. einer geschäftlichen Zusammenkunft untersuchte sie die Leute, und meistens war das Ergebnis der Diagnose verneinend: Magenkrampf, Tuberkulose usw. Die Schwindler verlorste auch Geldmittel, natürlich für einen phantastischen Preis. So kostete Aerugin, was es in der Apotheke für 3 Mt. gibt, 56 Mt., 27 Stüd Skizzenarbeiten 15 Mt. Die Aerugin ist auch in anderen Orten der Provinz Sachsen und Anhalt aufgetreten.

**Arten.** Eine der zu Eltern frei werden Bekräftigten wird durch Herrn Lehrer Kommler als Voligist befreit.

**Arten.** In der Stadtverordnetenversammlung fand am Montag die Einführung des am 24. Januar d. Js. zum Bürgermeistern gewählten Herrn Bürgermeisters Weßmann aus Schraplau zum Bürgermeister unserer Stadt statt. Die Einführung erfolgte in Betreibung des Herrn Regierungspräsidenten durch Herrn Landrat Seemann-Sangerhausen. Der neue Bürgermeister wird nunmehr die Führung der Geschäfte unserer Stadt übernehmen.

**Beroblingen.** Am 12. März lag das dreijährige Kind des Maschinenbauers Hans Berger beim Spielen in den Mühlgraben. Nachdem es ca. 50 Meter abgetrieben war, haben einige Passanten ein Kind im Wasser fortziehen. Der Arbeiter Fritz Hunderhausen, der zufällig dort war, sprang sofort ins Wasser und rettete das Kind vom sicheren Tode des Ertrinkens.

**Schuh.** S. Sondershausen. Am Sonntagmorgen gegen 11 Uhr hantierte der 15jährige Sohn Arthur des Schuhmachers Hofmann in der Fleischmannstraße in unvorsichtiger Weise mit einem 5-Millimeter-Löffel. Ein Schuh ging los und traf die im Zimmer wohnende 18jährige Schwester Anna. Sie erhielt einen Schlag in die Brust, der ihren Tod herbeiführte. Der Schläge erlitt einen Nervenschlag und mußte in das Landkrankenhaus nach Sondershausen gebracht werden, wo er noch schwerkrank darniederliegt.

**Neubauer, Kreis Querfurt.** Ueber Scherz mit Nebenfolgen. Die Eltern eines Mädchens, das in Mitleid in Stellung ist, erhielten von einem Unbekannten die telephonische Mitteilung, daß der Tochter schwer vorkrankt sei und sofort in die Klinik gebracht werden müsse. Der gerade von der Arbeit heimkehrende Vater begab sich darauf sofort nach Weiden, wo er seine Tochter gegen und züher Dinge antraf. Die Mutter hatte die Mitteilung so sehr erschrocken, daß sie erkrankte.

**Schaffhäuser.** Kinder als Drahtschiffelantenne. Spielende Kinder am Raffer der Querfurter Straße einen Draht über die Straße. Ein Motorradfahrer, der das Hindernis nicht bemerkte, kam zu Fall und zog sich am Intertier schwere Verletzungen zu.

**Naumburg a. S.** Sein Kind zu Tode mihandelt. Der Arbeiter P. in der Moritzstraße wohnend, mißhandelte sein Kind, als dessen Mutter abwesend war, so roh, daß das Kind ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Kind verstarb an den Folgen der unmenschenlichen Behandlung durch den eigenen Vater. P. wurde sofort in Haft genommen.

**Gladbach, Kreis Weiskirchen.** In den Dörfern, die dem Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland weichen müssen, gefüllt sich nunmehr auch das Dorf Gommich im Kreise Weiskirchen. Der Ort, der 330 Einwohner zählt, ist ringsum von tiefen Köchern, welche die Wägen in das Erdreich gestossen haben, umgeben. Das Verdrängen des Dorfes Gommich ist beschlossene Sache. Es wird nicht mehr lange dauern — und sämtliche Anwohner sind dem Ertrinken gleichgemacht.

**Eisleben.** Ein netter Lehrer a. D. In Eisleben wurde ein von sechs verschiedenen Polizeikommissaren bestreift geführter Lehrer a. D. Schulz, genannt Ahsch, festgenommen. Schulz reiste im Lande umher, besuchte Lehren und Schulen, hat sich als Vortragender ausgegeben, ließ sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Darlehen und Vorschuße zahlen und verlor.

**Salle.** 10 Meter tief eingestürzt. In der Nähe der Moritzburger-Brücke waren Angestellte der Stadtkanalerei mit der Befreiung der Baumkrone beschäftigt. Dabei stürzte eine aus ungefähr 10 Meter Höhe ab und blieb beunruhigend liegen. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

**Dreßden.** Den Kopferquetisch. Mittags geriet der Landwirt N. Lindenmann von hier beim Anfahren von Brennholz zwischen Dampfer und den mit drei Pferden bespannten und beladenen Wagen. Von dem Angewandten wurde dem Bedauernswerten der Kopf eingedrückt, und schon nach zwei Minuten war er verstorben. Die Verunglückte hinterläßt Frau und zwei noch schulpflichtige Kinder in hilflosbedürftigen Verhältnissen.

**Altenburg.** Pferdestärken messen sich. Ein ungewöhnliches Wettrennen entwickelte sich auf der Straße Schmölln-Altenburg zwischen einem durchgehenden Pferdewagen und einem Postkutschwagen. Das führende Loie bespannt war aus einem Wutspieß in Urgrasbüsch auf der Straße gerannt und hatte die Richtung nach Altenburg genommen. Einem Postkutschfahrer, der des Gespann auf der Chaussee eingeholt hatte, gelang es, mit großem Geschick das Fuhrwerk zu überholen und die Pferde zum Stehen zu bringen. Anwohner kamen auch der Besizer in einem Kraftwagen herein. Argendwelscher Schaden ist nicht entstanden.

**Bredna.** Den Matraschänder auf dem Friedhof. In der Nacht sind auf dem alten Friedhof, der sich im Zentrum der Stadt an der Kirche befindet, etwa zwanzig Grabdenkmäler umgestürzt, zerklüftet oder stark beschädigt worden. Dieses Verhängniswert, das nur von mehreren

Personen ausgeführt worden sein kann, hat bei der Bürgerwehr höchste Empörung hervorgerufen. Verschiedene Umstände lassen den Schluß zu, daß sogar weibliche Personen mitgewirkt haben. Von dem Gemeindevorstand ist für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 50 Rm. ausgesetzt worden.

**Eisenberg.** Ist der Magen eine Spardrüse? Ein junger Mann in einem kleinen Ort der Umgebung verlegte liegend ein Finnanmarkt in die Luft zu blasen. Die Münze ließ sich jedoch nach dem Geleir der Spardrüse nicht erheben und rutschte in seinen Mund, von da in den Schlund und in den Magen. Ob sie den Taubentänzer freiwillig oder nur mit Hilfe einer Operation wieder herauszuholen, steht noch dahin.

**Eisenach.** Erregendes Liebesdrama. Im Wald am Breitenberg spielte sich ein Liebesdrama ab. Eine 17jährige Arzthelferin aus Eisenach, die mit einem mehrere Jahre älteren Schlosser aus Nüßla ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, wurde mit ihrem Geliebten vermischt. An der sogenannten Dornenbude erhob sich der Schlosser, hierauf brachte sich seine Geliebte gleichfalls einen Halsbruch bei, verlegte sich aber nur schwer. Nachdem sie am Abend das Bewußtsein wieder erlangt hatte, griff sie zum zweiten Mal zum Revolver, doch war auch der zweite Schuß nicht tödlich. Am Morgen hatte das Mädchen noch keine Kraft, sich nach einem Gasthof zu schleppen, von wo aus sie dem Krankenhaus zugeführt wurde. Ihr Zustand ist bedenklich, jedoch nicht hoffnungslos.

**Radolfst.** Mit dem Flugzeug zur Jagd. Hier lebte dieser Tage ein Herr aus Berlin, ein Direktor einer Berliner Elektrizitätsgesellschaft mit seinem Privatflugzeug. Dieser Herr hat hier in der Nähe eine Jagd gepachtet und beabsichtigt, regelmäßig von Berlin aus mit seinem Flugzeug hierher zu kommen, um von hier aus zur Jagd zu gehen. Die Jagdflugzeuge dürfen für Deutschland wenigstens eine Neuheit darstellen.

**Wiesel.** Schuß auf einen Spitzdieb. Von einem Fischer wurde in der Nähe von Cosse 5043 diebe auf freier Tag überfallen. Da die Fortflucht durch den Anruf nicht stand, gab der Waldwächter einen Schreuschuß ab, der einen Dieb schwer verletzte. Dadurch konnten auch die übrigen Mitglieder der Bande, die aus dem benachbarten Hinterholz kamen, dingfest gemacht werden.

### Aus Rath und Fern.

**Gardelegen.** Kranke Spanner-Puppen. Aus einem Waden in der Umgebung wurden Spanner-Puppen zur Untersuchung an das Zoologische Laboratorium der hiesigen Hochschule in Eberswalde eingeschickt. Diese Untersuchung brachte das überraschende Resultat, daß 85 Prozent der Puppen parasitiert sind, d. h. krank und nicht entwicklungsfähig. Bekanntlich sind weite Gebiete der altmärkischen Staats- und Privatforsten von diesen Spanner befallen. Am ein abschließendes Urteil über die Entzückung der Spinnerei zu erlangen ist es notwendig, auch aus anderen befallenen Waldungen das Ergebnis der Untersuchung von Puppen zu erfahren.

**Berlin.** Bevölkerungsbewegung in Berlin im Monat Februar. Nach vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Amtes wurden in Berlin im Monat Februar 2681 (Januar 2775) Ehen geschlossen. Lebend geborene wurden 3688 (3921) Kinder. In der gleichen Zeit starben 4145 (4476) Personen, davon im Alter bis zu einem Jahr 296 (320). Zugezogen sind 18.812 (21.288), fortgezogen 18.575 (18.748) Personen. Der Zuwagsüberschuß betrug mithin 237 (2543) Personen, 10 daß sich die Bevölkerung Berlins am 1. März 1930 auf 4.381.100 stellte.

**Mant.** Ein glückliche Gewinnerin. Eine junge hübsche Kontoristin, die sich zu Weihnachten verlobt hatte, kaufte sich gleich darauf für 50 Pfennig ein Los der Kaiser-Dombau-Lotterie. Jetzt wurde ihr mitgeteilt, daß sie darauf 10 000 Mark gewonnen habe.

**Saarbrücken.** Französisches Bahnhofs-Angestellte als 3. Schepreller. Vier französische Soldaten vom Bahnhofs wurden am 23. März in GutsMuths vom Wirtshaus vor Beginn der Polizeiwache aufgebracht, die Juche zu begleiten. Sie weigerten sich aber, zu zahlen. Nach der zweiten Aufforderung zog einer der Soldaten ein Seitengewehr, ein anderer ging mit einem Stuhl gegen den Wirtshaus vor. Hierauf drangen die empörten Wirtshaus auf die Soldaten ein und beugten sie gegen Wirtshaus hinaus. Vor diesem letzte nun eine regelrechte Schlägerei ein. Die Soldaten zogen ihre Bajonette. Ein Arbeiter erhielt einen Bajonettschlag in den rechten Oberarm. Die Soldaten selbst trugen blutige Wunden an den Köpfen davon.

### Die Sühne für Hartmannsdorf

Vor dem Gemeinlichen Schöffengericht in Chemnitz begann unter starkem Andrang der Kommunisten und großem Polizeiaufgebot am Dienstag der Prozeß wegen der Kommunistendemonstrationen in Hartmannsdorf am 15. Januar, bei denen die Menge gegen die zum Schutze der Wirkstofffabrik „Arenaria“ und der in ihr arbeitenden Arbeiter herangezogene Polizei tätlich vorging, und bei dem mehrere Demonstranten erschossen und andere schwer und leicht verletzt wurden. Angeklagt sind der 35jährige Scherer R. a. u. n. n. aus Oberhofna, der 25jährige Heldig aus Chemnitz, der 20jährige Handarbeiter V. a. b. e. t. aus Chemnitz, die in Unterdrückungstätigkeit befindliche 35jährige Schlosserfrau und Stadterordnete K. n. o. t. h. aus Chemnitz, der 19jährige Autohofknecht K. n. e. r. t. aus Hartmannsdorf, der 17jährige Handarbeiter W. a. g. n. e. r. aus Chemnitz, der 19jährige Hausdiener W. a. g. n. e. r. aus Chemnitz, der 29jährige Maurer K. i. e. m. aus Heidersdorf, der 20jährige Strumpfwirler F. e. r. l. aus Chemnitz. Die Anklage lautet auf schweren Landesfriedensbruch, schweren Aufruhr und öffentliche Beleidigung.

**Leineweiler.** In Nordstirn ereigneten sich in den letzten Tagen einige Leineweilerfälle. In Selkraland wurde der bei der Porzellaner-Hütte als Dienerschaft beschäftigte Ernst Huber, als er Lebensmittel nach der Hütte bringen wollte, von einer Leinweilerin erschlagen und konnte bis jetzt noch nicht gefast werden. Am Samstag, jedoch bei Schöma war ein altnäher Kaufmann eines Arbeiters.

**Schmer.** Gasexplosion in Wabnitz. In einer Wohnung in der Pratergasse ereignete sich eine schwere Gasexplosion. Dort waren vier Arbeiter der städtischen Gaswerke damit beschäftigt, die Gasleitung zu verlegen. Aus bisher noch ungeläuter Ursache erfolgte plötzlich eine Explo-

sion, die so heftig war, daß die Decke einfiel und die vier Arbeiter unter ihr begrub. Erst nach langen Bemühungen gelang es der Feuerwehr, drei der Verunglückten zu bergen. Der vierte Verunglückte konnte nicht befreit werden.

**Pottiers und Chateaufort unter Wasser.** Aus Pottiers wird gemeldet, daß nach den anhaltenden Regenfällen der letzten Tage der Wasserstand des Oisn bedauerlich gestiegen ist, daß die unteren Stadteile von Pottiers unter Wasser gelegt wurden. In der Umgebung von Pottiers ist der Verkehr auf zahlreichen Chausseen und Landstraßen unterbrochen. In Chateaufort stehen nach dem Ansteigen der Seine ebenfalls die hiesigen Stadteile vollständig unter Wasser.

**Großfeuer in Saanen.** Ein Großfeuer, das einen Sachschaden von 12 bis 15 Millionen Franken anrichtete, brach in den frühen Morgenstunden in einer Lebensmittel-Fabrik in Saint Michel de Maurienne aus, wodurch bald die ganze Feuerreihe in Flammen stand. Militär und sämtliche Feuerwehren der Umgebung eilten zu Hilfe und schafften es, das Wasser eines in der Nähe fließenden Kanals umzuleiten, um das delamete Gebiet unter Wasser zu legen. Durch das Großfeuer ist der Verkehr auf der Chaussee Paris-Turin unterbrochen.

**Frau Hanau wird vorläufig in Freiheit gesetzt.** Der Günstigerausgang, der sich nach dem Zusammenbruch der „Gagge“ bei Frau“ gebildet hatte, hat an den französischen Justizminister eine Eingabe gerichtet, in der er bittet, Frau Hanau vorläufig auf freien Fuß zu setzen, da man ihre Mitarbeit zur Beilegung der bestehenden Unklarheiten nicht anstreben könne. In einer längeren Besprechung mit dem Generalstaatsanwalt wurde beschloffen, Frau Hanau, die sich seit dem 4. Dezember 1928 in Untersuchungshaft befindet, vorläufig in Freiheit zu legen.

**45 Arbeiter mit einem Lastwagen verunglückt.** Auf einer Chaussee in der Nähe von Lille kützte ein mit 45 Arbeitern besetzter Lastwagen, um, der die Arbeiter zur Arbeitsstätte bringen sollte. 10 Arbeiter getreten so unglücklich unter den schweren Wagen, daß sie lebensgefährliche Querschnitte davontrugen. Der Unfall ist auf ein gleichzeitiges Verlegen der Steuer- und Bremsvorrichtung zurückzuführen.

**Ein Dampfer in Brand geraten und gesunken.** Einer Meldung aus La Dorada in Kolumbien zufolge brach auf einem aus der Holenstadt Barranquilla am karibischen Meer eintraffenden Holzdampfer ein Feuer aus, wobei der Dampfer sank. Am Nordbord befanden sich 34 Passagiere und 20 Mann Besatzung, die bei Ausbruch des Feuers noch schliefen. Es wird befristet, daß 30 Menschen bei dem Unglück ins Leben gekommen sind. Einzelheiten über den Unglücksfall haben zurzeit noch aus.

**Sandinische Selbstmörderin im Pariser Justizpalast.** Ein aufsehender Justizpalast spielte sich im Pariser Justizpalast ab. Eine Frau richtete plötzlich einen Revolver gegen ihre Brust und drückte ab. Die Kugel wurde jedoch durch das Korsett, das die Lebensmide trug, aufgehalten. Indem sich ein Arzt um die Frau bemühte und sie untersucht, ergab sich, daß die Frau, die die Kugel, am noch einmal einen Selbstmord zu versuchen. Nur mit Mühe konnte der Arzt die hartnäckige Selbstmörderin von ihrem Vorhaben abbringen.

**Funeräre selbsteig.** Für die Beerdigung, die damit beschäftigt waren, die Beerdigung abzuhalten, wurden von einer Leinweilerin und etwa 200 Meter in die Erde gesteckt. Zwei von ihnen konnten sich freimachen und nach längerer Arbeit ihre drei Gefährten bergen. Doch waren diese drei schwer verletzt. Auf der Innsbrucker Nordseite wurden zwei Schächer von einer Leinweilerin getötet. Auch sie konnten geborgen werden, einer von ihnen allerdings erst nach dreierstündiger Arbeit.

**Eine arme Millionärin.** In einem Sanatorium New Yorks starb die 81 Jahre alte Witwe des Eisenbahnmagnaten J. P. Morgan. Die Verstorbenen hinterläßt ein Vermögen von 10 000 000 Dollar, das von einem Rechtsbeistand verwaltert wird. Frau J. P. Morgan bildete sich ein, betrauert zu sein, sparte jeden Cent, trotzdem sie über große Summen verfügen konnte, und klagte über Entbehrungen, die sie zu ertragen habe.

### Ein Gowelspion in Brüssel verhaftet.

Brüssel, 18. März. Der 48 Jahre alte Franz Josef Grunitz wurde unter dem Verdacht der Spionage zugunsten der Comenjonien verhaftet. Grunitz lebte unter dem falschen Namen Simon Barman auf seinem kürzlich erworbenen Schloß Sintbeek, einige Kilometer von Brüssel entfernt. Er behauptet, es sei ein Vermögen von 80 Millionen Franken. In seinem Schloß wurden zahlreiche Urkunden beschlagnahmt.



Die Internationale Weltbank.

Folgende Persönlichkeiten werden die Leitung der „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ bilden: 1. McWarren, Präsident des Verwaltungsrates, als amerikanischer Vertreter; 2. Emile Francini, der belgische Vertreter; 3. Dr. Kuntze, der neue Reichsbankpräsident; 4. Moreau, der Gouverneur der Bank von Frankreich; 5. Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England.



**Deutschland und Litauen.**

Mitteilungen des Außenministers Jantius an die Presse.

28. März, 19. März.  
Außenminister Jantius empfing die hiesige und die auswärtige Presse. Er über

die Beziehungen zu Deutschland erklärte der Minister u. a., die Tatsache, daß Litauen einen Streifen ehemals deutschen Gebietes besitze, der Baronaustausch sowie die gemeinsame Grenze rüden immer wieder eine Reihe von Fragen in den Vordergrund, die von Zeit zu Zeit einer Regelung bedürften. Auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen mit Deutschland glaube er sagen zu können:

Daß sich unüberwindliche Schwierigkeiten für einen Ausgleich nicht ergeben würden.  
Zu den Arbeiten des Transit- und Verkehrs Ausschusses des Völkerbundes wegen der Eröffnung des direkten Verkehrs mit Polen äußerte der Minister, daß wohl auch Polen mit den Ergebnissen der Ausnahmearbeiten nicht zufrieden sein könne.

Die Aufstellung der Lehrkräfte im Grenzgebiet habe im Auslande unendige Enttäufung hervorgerufen. Die Besetzung der Lehrer als Ausländer habe für Litauen keine Bedeutung, dagegen stehe aber die Beurteilung über das lokale Verhalten von Ausländern, die in Litauen beurlaubt tätig seien, Litauen zu. Fälle man in Deutschland davon Kenntnis gehabt, wieweit einige Personen gegen das lokale Verhalten verstoßen hätten, so hätte man diese Angelegenheit nicht benutzt, um Del aus Freuz zu ziehen.

Die schwebenden Fragen hinsichtlich des Grenzgebietes werde man mit Deutschland nach und nach regeln.



Der deutsche Gesandte Ulrich Rauhsier in Warschau. Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist in Warschau von dem deutschen Delegationsleiter, Gesandten Rauhsier, unterzeichnet worden. Der Handelsvertrag, der im Frühjahr ratifiziert werden dürfte, ist auf ein Jahr abgeschlossen.

**Um Frankreichs Heeresreserven.**

Bekunden in Deutschland.

28. März, 19. März.  
Die von amtlicher englischer Seite in keiner Weise bestrittene Information, wonach in London zur Wiederherstellung der Flottenkonferenz inoffizielle Erörterungen geführt worden sind, mit dem Ziele, daß England dem französischen Standpunkt bezüglich der Herausnahme der Reserven aus der Wehrpflicht zu Lande nicht widerspricht, ist in politischen Kreisen Berlins allgrößtes Aufsehen hervorgerufen.

In Berlin sieht man nach wie vor auf dem inneren und vom Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, nachdrücklich vertretenen Standpunkt, daß der französische Standpunkt bezüglich der Heeresreserven einer wirklichen Abklärung völlig ins Gewicht schlagen muß. Wenn heute der Ministerpräsident MacDonald diesen früheren Standpunkt zur Rettung seines vorgestellten Zieles auf der Flottenkonferenz preisgeben wollte, so bedeutete das einen Versuch, das Prestige der gegenwärtigen englischen Regierung, das mit einem Erfolg der Londoner Flottenverhandlungen verknüpft ist, zugunsten eines schwereren Rückschlages in der gesamten Flottenfrage zu retten. MacDonald würde sich damit ganz dem von ihm früher hartnäckig bestimmten Standpunkt des konterativen Außenministers Chamberlain zu eigen machen, daß England den Flottengegenstand zwischen England und Frankreich auf dem Rücken Deutschlands austragen solle.

**Dr. Wunderlich Reichsgerichtsrat?**

Berlin, 19. März. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wunderlich (DVP) ist für die Ernennung zum Reichsgerichtsrat vorgeschlagen. Wenn der Reichsrat dem Vorschlag zustimmt, wird die Ernennung demnächst erfolgen. Dr. Wunderlich beabsichtigt im Falle seiner Ernennung sein Reichstagsmandat niederzulegen. Wer sein Nachfolger im Reichstag sein wird, steht noch nicht fest.

**Reichsaufsicht für Privatversicherungen.**  
Berlin, 19. März. Aus Anlaß der im vorigen Jahr festgestellten Fälle ist eine Erweiterung der Tätigkeits des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung notwendig geworden. Es werden deshalb im Reichshaushalt für 1930 Mittel angefordert zur Erweiterung der Dienstleistungsfähigkeit. Mit der Erhöhung der Mittel soll eine Anspärung von rund einem Fünftel, etwa 250, der zurzeit beschäftigten Versicherungsangestellten an ihrem Sitz ermöglicht werden.

**Lätlicher Angriff auf Heßlein.**

Janau, 19. März. Der frühere kommunistische und jetzt sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Karl Heßlein wurde auf dem Friedhof von einem Arbeiter beschimpft. Als er den Täter feststellen wollte, schlug dieser Heßlein mit einer Schaufel blutig. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Tat soll politische Gründe haben. Heßlein wurde bekanntlich von der kommunistischen Partei ausgeschloffen und trat zur Sozialdemokratie über. Der kommunistischen Aufforderung, sein Landtagsmandat niederzulegen, leistete er keine Folge.

**2 Todesopfer der Trichinose in Stuttgart.**

Stuttgart, 19. März. Trichinose-Erkrankungen infolge des Genusses von Wurstwaren haben bisher zwei Todesopfer gefordert. Das Fleisch soll von einem dreijährigen etwa einen Zentner schweren Esbären geschlachtet haben, dessen Schinkenfleisch schon nach schnellem Räucher in einer Stuttgarter Gastwirtschaft verabreicht wurde. Etwa 40 Portionen wurden verkauft. Man rechnet damit, daß ungefähr 30 Personen erkrankt sind.

**Beisetzung der Todesopfer des 6. März.**

Berlin, 18. März.

Unter starker Beteiligung kommunistischer Verbände fand auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde die Beisetzung der bei den Straßenkämpfen am 6. März getöteten beiden Arbeiter Erich Frickmann und Georg Kartomski statt. Am Grab hielten kommunistische Redner Traueransprachen und legten mit roten Schleifen geschmückte Kränze nieder. Die Polizei hatte außerhalb des Friedhofs umfangreiche Sicherungsmassnahmen getroffen und mußte mehrmals einschreiten, da sich in den zum Friedhof führenden Nebenstraßen immer wieder Ansammlungen bildeten.

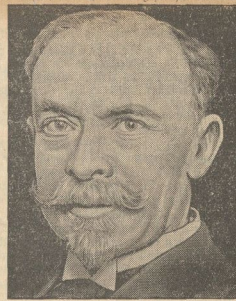
An verschiedenen Stellen wurde teils von den Kommunisten Widerstand geleistet, worauf die Polizei mit dem Gummistempel die Straßen säuberte. 20 Personen wurden festgenommen. Von den Kommunisten wurden, so weit bis jetzt bekannt ist, drei durch Gummistempelsteche verletzt. Die Führer der Kampftruppen verließen, auf dem Bahnhof Uckerberg-Friedrichsfelde zu gelangen, wo sie von der Bahnpolizei in Empfang genommen wurden. Polizei besetzte den Bahnhof und stellte die Ruhe wieder her.

**Rußland-Flüchtlinge unter Völkerbundschutz?**

Genf, 19. März. Ein beratender Ausschuß beim Oberkommissariat des Völkerbundes für das Flüchtlingswesen, der aus Vertretern der großen privaten Flüchtlingsverbände besteht, hat die Forderung aufgestellt, daß die gemeinsamen Sowjetrußland verlassenden Flüchtlinge unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt werden sollen. Die Entscheidung über diese weitgehende und bedeutungsvolle Maßnahme kann jedoch nur durch den Völkerbundsrat selbst gefaßt werden. Eine große Schwierigkeit, die Sowjetrußland verlassenden Personen unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen, bildet die Frage, wieweit Personen, die einen sowjetrußischen Paß besitzen, als Flüchtlinge angesehen werden können. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß die letzte Entscheidung in Sowjetrußland es unbedingt erforderlich macht, daß die zunehmenden Flüchtlings aus Sowjetrußland unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

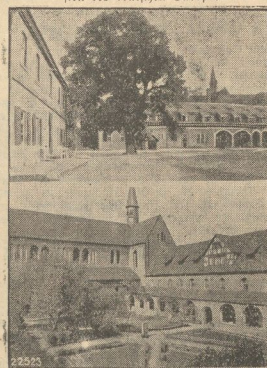
**Eine Erklärung der autonomistischen Partei.**

Paris, 19. März. Die in Straßburg abgehaltene Sitzung der autonomistischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Partei als in jeder Richtung unabhängig erklärt und gegen den Verdacht verwahrt, in Diensten des Auslandes oder ausländischer Agenten zu stehen. Die Partei, so heißt es in der Entschließung, wird den Kampf für die Autonomie und einen gebunden Nationalismus in Frankreich fortsetzen. Sie wird auch im Fall neuer Gewerkschaftswahlen in Straßburg wieder ihren Kandidaten Schall aufstellen, dessen Mandat bekanntlich vom Stouater gestrichen worden ist.



Marcell Salger gestorben.

Marcell Salger, der ausgezeichnete deutsche Vortragsgastwirt, ist am 17. März im Alter von 56 Jahren in seiner Wohnung Berlin-Lichterfelde, Paulinenstraße 1, einem Herzschlag erlegen. Er war einer der beliebtesten Humoristen des deutschen Europa.



700-Jahr-Feier des Klosters Heßlein.

Das Kloster, neben dem in Chorn das älteste Zisterzienser Kloster der Mark Brandenburg, erbaut von Mar 1140 bis 1150, feiert am 2. April seinen 750. Geburtstag. Der Tag soll mit besonderen Veranstaltungen gefeiert werden. Oben: Das Klostergebäude. Unten: Klosterliche Mönchs-khaus, jetzt Cäcilienhaus (Damenheim) des Louise-Henriette-Stifts, Kreuzgang und Konventsarten.

**Kriegerverein Nebra**  
Sonntag, den 23. März 1930, abends 8 Uhr  
im „Preußischen Hof“  
**Theater und Ball.**  
Zur Aufführung gelangt:  
„Unsere Pauline“  
Schauspiel in 4 Akten von Gustav v. Mofer u. Paul Lehmann  
Preise der Plätze: Saalplatz (num.) 1.00 Mk.,  
2. Platz 70 Pf., Galerie 50 Pf.  
Vorverkauf ab Donnerstag, den 20. März in der Buchhandlung  
von Herrn W. Scharf.  
Ihm zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

**Herzlicher Dank.**  
Es hat dem Schicksal gefallen, uns das Fest der Goldenen Hochzeit erleben zu lassen. Dieser Festtag hat uns fortwährend die herzlichste Gefinnung unserer Mitbürgerern erlösen, denn wir sind durch Aufmerksamkeiten aller Art, durch Geschenke und Gratulationen so reich beschenkt worden, daß wir dafür einen Dank durch einfache Dankesworte nicht erbringen können. Ein herzlich „Vergelt's Gott!“ wollen wir jedem, der uns beglückt hat, sagen.  
Besonderer Dank noch sei dargebracht Herrn Baron von Hellbronn für die hochherzige Spende, sowie unseren lieben Mitarbeitern vom Rittergut für das schöne Geschenk. Dank auch dem Gemeindevorstand für die ehrenvolle Begleitung zum Gotteshaus und dem Vorstand der Stadt Nebra für die übermittelten Glückwünsche und den Aufruf. Unser Dank Herrn Musikdirektor Stein für die schöne Ständchenmusik, die uns sehr erfreute.  
Nebra, im März 1930  
Friedrich Würfel und Frau Anna  
geb. Voigt.

**Haus-Lämmer-Verkauf**  
am Freitag, den 21. März 1930, von 9-12 Uhr.  
Saulgut Hefendorf.

**Färberei Bartels, Naumburg a/S.**  
chem. reinigt  
färbt  
plissiert  
**Anzüge Kleider Mäntel und alle andere sarderobe**  
Schnell - Gut - Preiswert!  
Beste Bearbeitung durch erfahrene Fachleute!  
Annahme: Fa. Friedrich Krey, Nebra a. U.

**Bettfedern gute Inletts**  
nur Prima-Qualitäten  
Friedrich Krey  
Inf.: Emil Krey.

**CHRONIK VON NEBRA**  
Heft 2  
zum Preise von RM. 1.80  
vorrätig. Heft 3 und Folge  
sorgt nach Erscheinen lieferbar.  
Walter Scharf, Nebra  
Einj. Abitur Institut Boltz  
Jmenau i. Th.

Ohne Reklame kein Geschäft!

**Der Jungdeutsche**  
Lagesetzung für Volkskraft und Giederrichten.  
Der „Jungdeutsche“ ist ein Organisationsblatt, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organischen Volksstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft. Der Organisationskampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Verfallende Elend und seine Folgen werden im „Jungdeutschen“ mit besonderer Schärfe geführt.  
Der „Jungdeutsche“ verfügt über einen großen eigenen Anzeigendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insbesondere die Ereignisse in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Blätter verfolgt.  
Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Lagesetzung der deutschen Bewegung über eine ständig reichende Bezugszahl sowie über eine außerordentlich große Verbreitung über 5000 Blätter. Er ist deshalb ein besonderer wertvolles Anzeigendienst. Bezugspreis: monatlich 2,70 Mk. einschließlich Postgebühren.  
Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.



# Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Nohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer's Buchdruckerei, Nohleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postkontonummer: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr. 34

Donnerstag, den 20. März 1930

43. Jahrgang

## Hindenburgs Appell an die Industrie für den Osten

Berlin, 19. März.

Der Herr Reichspräsident hat gestern das das deutsche politische Liquidationsabkommen ausföhrliche Bescheid über die Abstimmung der Regelung von Fragen des Teiles des Vertrages von Versailles unterzeichnet und bei dieser Gelegenheit an den Reichsanwalt das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsanwalt!

Aus dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Überzeugung gewonnen, daß gegen das Reichstag vorabgeschlossene Liquidationsabkommen verfassungsmäßige Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Reichsjustizminister, welche die Verwirklichung als verfassungsmäßig ansehen, jetzt ihre Bedenken als bebunden erachten, nachdem der Reichstag in der Entschuldigungsfrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abstimmung zur Regelung des Teiles 10 des Vertrages von Versailles ausgereicht und zur Vertiefung an das Reichsjustizministerium weitergeleitet.

Bei meiner Entschuldigungsfrage habe ich von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt; besonders verstehe ich die im nördlichen Osten unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände. Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziele, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Eigenheit zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unserer Ökonomie und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die auf höchste Gefahr ist, zu helfen und auch ihnen den Ader, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken auch dieses Gesetz ausfertige, von der Reichsregierung nachträglich verlangen.

An meiner Rundgebung vom 13. März, habe ich mit diesen ausgesprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für diese praktische Arbeit eröffnet sich hier ein ganz besonders bedeutendes Gebiet. Zunächst ist erforderlich, daß die zurecht zur Beratung stehenden

### Agarmassnahmen

die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den kleineren, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den verwaisteten um seine Eigenheit ringenden Osten allein nicht ausreichen.

Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten.

Viele landwirtschaftliche Betriebe Güter wie Bauernhöfe sind in einem Grade verfallend und mit so hohen Zinslasten belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgen auch nur die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Lebensfähigkeit und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden.

Geliebt dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltbar.

Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird — so nehme ich an — aus den geleisteten Erträgen, die die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Sowie dies nicht ausreicht, erachtet es mir ein gerechtes Ausbleiben, wenn weitere Mittel aus der Schuldkrise bestritten, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmaß vermindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das geltende zwischen Deutschland und Polen paritätische Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Abzweigungsmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarprodukten große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen, gerade

in Osten die Meinung einer abfälligen Bernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen.

Es erscheint mir billig und recht und auch zur Befestigung dieser Mindermeinung geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten 5 Jahre, aus der Industrieverkaufsträge Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Hier ist ein Gebiet, wo sich die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion praktisch betätigen kann. Der Hindenburgbrief schließt mit der eindringlichen Aufforderung an die Reichsregierung, auf solcher Grundlage ein Disprogramm durchzuführen. Nur dieser Erwägung habe er das Liquidationsabkommen mit Polen unterzeichnet.

## Hindenburg und die deutsche Jugend.

Ein Brief des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. März.

Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hätte der Reichspräsident ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Putschplan und dem Polenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrte Herren!

Von Ihnen, zugleich im Namen anderer Jugendlicher und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres, habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die Jugendlichen von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Putschplan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung erzielten und manchen trüben Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Rundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angegeben habe.

Ihren aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben an die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die Opferung für das Vaterland gesunkenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß dieses Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin liege ich für meine Person die Wahnsinn, die die Toten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mit freundlichen Grüßen!

gez.: von Hindenburg.

## Das Ministerpensionsgesetz.

Unterstützung der Anstellung von Landarbeitern.

Berlin, 18. März.

Die Bestimmungen über die Ruheentlohnung, die einem Minister gewährt werden soll, wenn er bei Ausübung seines Amtes ohne Gesundheitsabminderung erlitten hat, werden auf Antrag der Regierungsparteien dahin geändert, daß diese Ruheentlohnung 20 Prozent der Ministergehälter betragen soll. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann sie bis auf 35 Prozent erhöht werden. Der Reichspräsident entscheidet auf Vorschlag der Reichsregierung unter Ausschluß des Reichstages endgültig, ob die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ruheentlohnung vorliegen und inwieweit die Vorrichtung über die Erhöhung der Ruheentlohnung anzuwenden ist. Angenommen wird auch die Entschließung des Ausschusses, wonach darauf Bedacht genommen werden soll, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen gerufen werden.

Die Schlussabstimmung über das Ministerpensionsgesetz wird auf Dienstag vertagt. Zur Beratung steht dann der Gehaltentwurf über die Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen des Reiches für die Anstellung von Landarbeitern. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt und schlägt in einer Entschließung vor, die Tilgungszuschüsse für Darlehen für Landarbeitereigentümer allgemein auf 30 Jahre festzusetzen und den dazugehörigen notwendigen Landarbeiterwohnungsbaunach Möglichkeit zu fördern.

Schließlich wurde der Gehaltentwurf über den Ausbau der Angehörigenversicherung, der neben der Verbesserung einzelner Bestimmungen auch den Ausbau der Selbstverwaltung zum Ziele hat, der Ausschussberatung überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr: Abstimmungen über Republikgesetz und Ministerpensionsgesetz.

Der Vorschlag des Reichspräsidenten, auch die erste Lesung der Finanzvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen, fördert an dem Überbrückung der Kommunisten, die die Einhaltung der Fristen verlangen.

## Republikgesetz verabschiedet.

Auch das Ministerpensionsgesetz angenommen.

Berlin, 19. März.

Anfolge des Mangels an Arbeitsstoff hielt der Reichstag nur eine kurze Sitzung ab.

Zur Erledigung fanden allein die Abstimmungen über das Republikgesetz und das Ministerpensionsgesetz. Zum Republikgesetz fanden nur die Kommunisten mit der Änderungsanträge eingebracht, die sämtlich abgelehnt wurden.

In der Schlussabstimmung wurde das Republikgesetz unter lebhaften Beifällen der Kommunisten mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Regierungsparteien, dagegen alle Oppositionsparteien. Die Deutschnationalen und die Kommunisten beantragten darauf, die Vertagung des Republikgesetzes für zwei Monate auszuschieben. Man wollte damit auch in dieser Frage die Entscheidung in die Hand des Reichspräsidenten legen.

Da die Reichsjustizpartei sich an der Auszählung nicht beteiligte, wurden nur 120 Stimmen für den Aussetzungsantrag abgegeben, 255 Stimmen dagegen. Das erforderliche Drittel war also nicht erreicht — und der Antrag abgelehnt.

Der Schlussabstimmung über die Ministerpensionsgesetz fand die für verabschiedungsfähig.

Zur ersten Beratung, die die Haager Geleise der Antrag, die den, das außer der Nationalsozialisten.

Der Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe, und daß er, Wislitz, von der Anwesenheit eines organisierten Umbaus der Arbeitslosenversicherung nichts gekannt habe.

Diese aufsehenerregende Desaveuierung eines Kabinettsmitgliedes durch das andere führte zur Vertagung der Ausschussverhandlungen, da sich die Hinzuziehung des Reichsfinanzministers zu den Beratungen als notwendig erwies. In der Aussprache erklärte der Zentrumsgesandte Dr. Köhler, daß offenbar der Reichsjustizminister einen Teil seines Haushaltes nicht zu vertreten in der Lage sei. Für die Deutsche Sozialpartei sprach ihr Abgeordneter Morath für die Ablehnung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Haushaltskapital aus, weil durch die sozialdemokratische Auflage über die Rede des Finanzministers in Hamburg und die Antwort des Reichsfinanzministers eine Lage entstanden sei, die die Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitslosenversicherung im Gegenwart des Reichsfinanzministers notwendig mache.

## Repräsentationsgelder in Preußen.

Die Aufwandsentschuldigungen der Staatsminister.

Berlin, 18. März.

In einer kleinen Anfrage der Landtagsaktion der Deutschen Demokratischen Partei wurde dem Staatsminister um Auskunft gebeten, welchem Zweck die besonderen im Haushalt ausgenommenen Aufwandsentschuldigungen der Staatsminister von je 9000 Mark dienen. Das Staatsministerium wurde weiter gefragt, welche Haushaltsmittel in den Jahren 1928 und 1929 insgesamt für geldschaffende Veranlassungen zur Verfügung gestellt wurden, in welcher Höhe die einzelnen Ministerien daran beteiligt waren und um welche Art von Veranlassungen es sich in den einzelnen Fällen handelte. Aus der Antwort des preussischen Finanzministers sei folgendes mitgeteilt:

Die laufende, nicht ruhgehaltfähige Aufwandsentschuldigung für die Staatsminister stellt eine Entschuldigung für